

Panel 180grad

Ein partizipatives Experiment in Zeiten des Klimawandels

180grad wurde als Bürgerforum vor etwas mehr als einem Jahr eingerichtet, um ‚normale‘ und politisch unorganisierte Bürgerinnen und Bürger in die Debatte um die Klimapolitik einzubinden. Nach einem Jahr zieht im folgenden Artikel das Panel-Mitglied Albert Kalmes eine erste Bilanz über dieses Experiment in politischer Partizipation – das man insbesondere Gemeindeverantwortlichen zur Nachahmung empfehlen möchte.

Das Bürgerpanel 180grad entstand aus einer Initiative der drei ONGs Caritas, Greenpeace und Association solidarité tiers monde (ASTM). Es wurde im Juni 2008 gegründet, also genau ein Jahr vor den Parlamentswahlen im Juni 2009.

Die Initiatoren waren der Meinung, dass der Klimawandel nicht nur eine Sache hauptberuflicher Akteure wie Wissenschaftler, Politiker, Industrieller oder der ONGs sei. Klimawandel wäre auch und vor allem Sache der Bevölkerung.

TNS-Ires hatte im Frühjahr 2008 aus mehr als 500 Kandidaturen 20 Leute ausgesucht, die die verschiedenen sozialen Strukturen der Luxemburger Bevölkerung widerspiegeln sollten. Die Mitglieder sind Schüler, Studenten, Rentner, Selbständige, Lohnempfänger, Hausfrauen, Väter, Mütter, Luxemburger oder Nicht-Luxemburger. In kurzen Worten, sie stellen einen Querschnitt der Luxemburger Bevölkerung dar.

Aufgabe des Panels war es, im Vorwahljahr sich eine eigene Meinung über das Thema zu bilden, durch die eigenen Erfahrungen der Öffentlichkeit die Klimaproblematik näher zu bringen und eventuell im Dialog mit der Politik Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels zu fordern.

Arbeiten im Bürgerpanel 180grad

Das Panel funktionierte als Experiment partizipativer Zusammenarbeit. Es gab keinen Vorstand und keinen Vorsitzenden. Im Panel hatte jeder gleiche Rechte. Die Panelmitglieder arbeiteten jeder entsprechend ihrer Möglichkeiten und persönlichen Interessen. Entscheidungen wurden demokratisch nach dem Mehrheitsprinzip getroffen.

Das Arbeiten innerhalb des Panels bewerte ich als großen Erfolg und als große persönliche Bereicherung. Die Vielzahl an Aktivitäten, die wir entwickelt haben, steht als Beweis dafür.

Zu Informationszwecken hat das Panel ab Herbst 2008 Experten eingeladen, um sich zu den verschiedenen Aspekten des Klimawandels (naturwissenschaftliche Zusammenhänge, betriebswirtschaftliche Herausforderungen, Konsequenzen für Kooperation und Immigration, soziale und gesellschaftliche Veränderungen) eine Meinung bilden zu können. Die Vorträge der Experten waren immer eingebettet in ausgedehnte Diskussionsrunden.

Durch zwei Studienreisen – die eine Hälfte der Mitglieder war in Grönland, die andere Hälfte in Bangladesch – konnten wir als Panelmitglieder in den heute schon am meisten betroffe-

nen Regionen der Erde die Auswirkungen des Klimawandels für Mensch und Natur vor Ort untersuchen.

Durch die gesammelten Informationen und die Erfahrungen auf den Reisen sind wir uns (wie alle Panelmitglieder) der Komplexität des Themas erst richtig bewusst geworden. Ökonomie, Ökologie, Kooperation, Nord-Südproblematik, Immigration sowie das Konsumverhalten des Einzelnen stehen in einem engen gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit

Durch eine Vielzahl von Projekten und Initiativen wie Ausstellungen, Straßenaktionen, Diskussionsrunden mit den Bürgern in verschiedenen Gemeinden und durch Medienpräsenz (Energiespartyps in Tageszeitungen, Reiseberichte in Zeitungen und Fernsehen, Konferenzberichte usw.) haben wir als Panel versucht, von Bürger zu Bürger, Informationen und Ratschläge weiterzugeben.

Natürlich lässt sich der Einfluss dieser Projekte und Aktionen auf die Gesellschaft nicht genau erfassen. Eine Umfrage von TNS-Ires hatte jedoch Mitte 2009 ergeben, dass viele in der Luxemburger Bevölkerung schon von den Aktivitäten des Panels gehört hatten. Vor allem aber im direkten Umfeld, bei Freunden, Arbeitskollegen und in der Familie, wo wir auf unsere Aktivitäten angesprochen wurden, konnten viele von der Dringlichkeit des Problems überzeugt werden.

Dialog mit der Politik

Eine Delegation vom Panel 180grad hatte eine Unterredung mit dem früheren Transport- und Umweltminister Herrn Lux. Als Mitglied dieser Delegation wurde mir bei der Unterredung bewusst, wie eingeschränkt der Handlungsspielraum eines Ministers ist, wenn nicht die ganze Regierung (und vor allem der Finanzminister) für eine kohärente Umwelt- und Klimapolitik steht. So hatte der damalige Transport- und Umweltminister überhaupt keinen Einfluss auf die Energiepolitik (Wirtschaftsministerium), den Tanktourismus (Finanzministerium) oder den Straßenbau („Travaux publics“). Es ist eine spannende Frage, ob das neugeschaffene Ministerium für Nachhaltigkeit und Infrastrukturen trotz Wirtschafts- und Finanzkrise den nötigen Wandel herbeiführen kann.

Bei der Unterredung mit dem damaligen Kooperationsminister Herrn Schiltz, ging es der Paneldelegation in erster Linie darum, davor zu warnen, dass die Erfolge der Kooperations-

politik nicht durch den Klimawandel überholt und zunichte gemacht werden. Außerdem wiesen wir darauf hin, dass Kooperationsgelder nicht zu Klimaschutzmaßnahmen in der 3. Welt zweckentfremdet werden dürfen. Da wir als Industrieland eine historische Schuld am jetzigen Klimawandel mittragen, sind wir in der Verpflichtung, zusätzliche Gelder für Klimaschutzmaßnahmen zu mobilisieren, ohne dass diese dann, im Rahmen der im Kyoto-Vertrag vorgesehenen möglichen „flexiblen Mechanismen“, als Treibhausgasreduktion in Luxemburg mit angerechnet werden.

Vor den Parlamentswahlen hatte das Panel 180grad die Vertreter der politischen Parteien zu einem öffentlichen Rundtischgespräch eingeladen. Die Enttäuschung im Nachhinein war sehr groß, da meiner Meinung nach keiner der anwesenden Parteivertreter über eine klare Vision verfügt, welche Strategien in den nächsten 10 Jahren anzuwenden sind, damit Luxemburg seinen Reduktionsverpflichtungen nachkommen kann.

Beim Hearing im Parlament (am 21. Oktober 2009) zur Vorbereitung der luxemburgischen Position beim Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen verwiesen wir noch einmal darauf, dass Luxemburg eine Vorreiterrolle in Sachen Treibhausgasreduktionen zu spielen hat und sich nicht durch dubioses Freikaufen seiner Verpflichtungen entledigen darf (siehe hierzu Berichte auf www.180grad.lu).

180grad-Roadmap

Bei einer internen Diskussionsrunde Anfang des Jahres haben die Panelmitglieder nachfolgende offene Liste mit Wünschen (man könnte sie auch Forderungen nennen) erstellt, die dazu beitragen könnten, um in puncto Klimaschutz in Luxemburg einen Schritt weiterzukommen.

1. Einberufung eines runden Tisches (Grenelle), um das Thema Klimawandel zu einer nationalen Aufgabe zu machen
2. Ehrliche Aufklärung der Bürger über die Realität des Klimawandels und Vorbereitung der Bevölkerung auf rasche und teilweise schmerzhaftige Maßnahmen
3. Abschied von symbolischen Handlungen und Ankündigungen hin zu einer politischen Strategie mit klaren Zielen
4. Ausarbeiten eines 10-Jahresprogramms „Klimaschutz in Luxemburg“, verbunden mit den nötigen Mitteln und Kontrollinstanzen
5. Einrichtung eines Klimafonds zur Finanzierung erneuerbarer Energien in Luxemburg
6. Einführung von CO₂-Transparenz bei Produkten, Dienstleistungen und Infrastrukturen
7. Einführung von CO₂-Steuern getreu dem Prinzip: „pollueur = payeur“
8. Ausstieg aus dem Tanktourismus
9. Verallgemeinerung und Unterstützung des Klimaschutzes auf Gemeindeebene etwa nach dem Modell Beckerich
10. Energetische Sanierung aller staatlichen und gemeindeeigenen Gebäude innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren
11. Weitergehende Förderung des öffentlichen Transports
12. Re-,nationalisierung' der Energiewirtschaft Luxemburgs
13. Re-,nationalisierung' der Wasserwirtschaft Luxemburgs
14. Verabschiedung von Gesetzen zu einer klimagerechten Landesplanung und IVL
15. Sukzessive Umstellung der luxemburgischen Landwirtschaft auf Biolandbau
16. Förderung der regionalen Wirtschaft und des regionalen Handels
17. Herauslösung des Energieressorts aus dem Wirtschaftsministerium
18. Schaffung eines neuen Ministeriums für Klimaschutz und erneuerbare Energien, das die energiepolitische Wende einleitet

Schlussfolgerungen nach einem Jahr 180grad

Für jemanden, der sich intensiv mit der Problematik befasst hat, ist es deprimierend festzustellen, dass trotz massiver Aufklärung durch Wissenschaft, trotz Sensibilisierungsaktionen durch ONGs, trotz Omnipräsenz des Themas in den Medien und trotz des Einsatzes auch nicht organisierter Bürger, das Thema Klimawandel den Weg in die Realpolitik noch fast nicht gefunden hat. Zwischenzeitlich müsste doch jeder Verantwortungs- und Mandatsträger wissen, welch katastrophale Folgen ein unbremster Klimawandel nach sich ziehen wird.

Es gibt zwar eine Reihe von Aktionen, wie Subventionen für Kühlschränke, Subventionen bei der energetischen Sanierung von Altbauten oder Subventionen für private Solaranlagen, was allerdings fehlt, ist eine Strategie, ein kohärentes Konzept, wie Luxemburg seine internationalen CO₂-Reduktionsverpflichtungen erfüllen will.

Vorerst sollte die Regierung einen Masterplan erstellen. In diesem Masterplan sollten sektorielle Strategien entwickelt werden. Zum Beispiel: sektorieller Plan Industrie – Energieeffizienz und Treibhausgasreduktion, sektorieller Plan Altbau sanierung, sektorieller Plan Energie – Wechsel von fossilen Energieträgern zu erneuerbaren Energien, sektorieller Plan Landwirtschaft – Unterstützung des Biolandbaues, sektorieller Plan Wirtschaft und Handel – Förderung regionaler Produktionen und des Handels mit regionalen Produkten, sektorieller Plan Tanktourismus – progressiver Ausstieg usw. Je Sektor müssen die zu erreichenden Ziele definiert werden, die nötigen Ressourcen und Mittel müssen zur Verfügung stehen, Zwischenresultate müssen auf einer Zeitschiene festgeschrieben werden. Dann erst können Aktionspläne aufgestellt werden für das Erreichen der Vorgaben.

Auch bedarf es eines Kontrollinstrumentes zur Überwachung der Umsetzung des Masterplanes, seiner Strategien und seiner Aktionspläne.

Ein solches Kontrollinstrument könnte ein neu zu schaffendes luxemburgisches Klimainstitut sein. Dies ist eine der Schlussfolgerungen, zu denen wir als Panel 180grad bei unseren Diskussionen gekommen sind. Ein Klimainstitut ist unbedingt notwendig, um in der Klimapolitik weiterzukommen. Ohne dieses Instrument werden wir in Luxemburg den jetzt eingeschlagenen Zickzackkurs weiter verfolgen. Da eine kleine Steuer, dort eine kleine Subvention, je nachdem wer, wo am lautesten schreien wird. Eventuelle positive Resultate werden ein unberechenbares Produkt des Zufalls sein.

Hätten die Regierungen der letzten 12 Jahre die 1997 in Kyoto gemachten Versprechungen (-28 % CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990) ernst genommen und sich schon damals die nötigen Instrumente gegeben, würden wir uns heute nicht in der Lage befinden, dass unsere CO₂-Emissionen immer noch auf dem gleichen Stand wie 1990 stehen.

Auch wenn unsere Frist im Kampf gegen den Klimawandel am Ablaufen ist, kann noch immer gehandelt werden. Als Panelmitglied von 180grad habe ich mir vorgenommen, auch in Zukunft für den Erhalt unserer Umwelt zu kämpfen. Schließlich will ich auch noch in 20 Jahren meinen Kindern und Enkeln in die Augen schauen können. ♦

Albert Kalmes, Schiffflange (jkalmes@pt.lu)
www.180grad.lu